



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik

06.10.2015

25 Jahre Deutsche Einheit

Die Wiedervereinigung – ein Geschenk der Geschichte

Der friedliche Aufbruch 1989 und 1990 in den Staaten des Warschauer Paktes hat den Weg zur Deutschen Einheit vorbereitet. Mutige und entschlossene Bürgerinnen und Bürger in der DDR, viele verwurzelt gerade in der evangelischen Kirche, forderten Demokratie und Menschenrechte. Aber all der Mut und Freiheitswille hätte nicht zur Einheit führen können, wenn nicht die Standhaftigkeit von CSU und CDU den Weg für die Zusammenführung der beiden deutschen Staaten bereitet hätte. Helmut Kohl schaffte es, die Vorbehalte der Siegermächte und der Nachbarstaaten gegen die Wiedervereinigung zu zerstreuen. Unterstützt von Freunden und Partnern in Europa und darüber hinaus, ebneten die damals politisch Verantwortlichen den Weg zur deutschen Einheit, aus der ein freies, vereintes und demokratisches Deutschland erwuchs. Im Ergebnis wurde 1990 die sogenannte Deutsche Frage abschließend geklärt. Seitdem ist Deutschland in den Vereinten Nationen, gleichberechtigt mit anderen Staaten, vertreten.

Am Freitag vergangener Woche stellte die Bundesregierung im Bundestag ihren Bericht zum Stand der deutschen Einheit vor. Im Osten haben sich die Lebensverhältnisse deutlich verbessert und gleichen sich in Ost und West weiter an. Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten einen umfassenden Umgestaltungsprozess erfahren. Der Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Ost und West und die Modernisierung der Verkehrswege in den ostdeutschen Ländern führten zu einer vorher nicht gekannten Mobilität von Menschen und Gütern, die die deutsche Wirtschaftskraft insgesamt gestärkt hat. Vor allem die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) waren die Grundlage für einen erfolgreichen Aufbau Ost und haben in besonderem Maße zu bedeutenden Investitionsentscheidungen, zum Erhalt und zur Schaffung zehntausender Arbeitsplätze und zur Ansiedlung von Zukunftsindustrien geführt. Auch die Investitionen in Forschung und Innovation zahlen sich mittlerweile aus. So finden sich in Ostdeutschland viele mittelständische Unternehmen, die in ihren Nischen weltweit führend sind.

Die ostdeutschen Bundesländer sind Vorreiter bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Von ihren Erfahrungen können in Zukunft auch Regionen in Westdeutschland profitieren, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich halbiert, jedoch muss dem Fachkräftemangel entgegenwirkt werden. Heute ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern mit einer Quote von nur drei Prozent über der im Westen auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Das zeigt, dass es in der wirtschaftlichen Entwicklung konsequent aufwärts geht.

Modernisierung, energetische Sanierungen und Neubau haben zu einer Aufwertung vieler Innenstädte geführt. Städte und Dörfer konnten von der Verbesserung der Wohnsituation und dem Ausbau der Infrastruktur maßgeblich profitieren. Vor allem die großen Ballungszentren sind immer mehr zu Anziehungspunkten für qualifizierte Arbeitnehmer geworden. Auch in ökologischer Hinsicht war die DDR ein Sanierungsfall. Heute sind fast fünf Prozent der Fläche der ehemaligen DDR Naturparks oder Biosphärenreservate, von denen gerade der Tourismus profitiert. Bildung und Forschung sind auf einem hohen Niveau; gleiches gilt für Kultureinrichtungen. Dresden, Potsdam, Leipzig, Rostock, Magdeburg oder Erfurt haben sich als Kultur-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte etabliert. Der kulturelle Reich-

tum der ostdeutschen Länder präsentiert sich heute als gemeinsamer Erfolg.

Ohne Wachsamkeit gegen die Feinde der Freiheit kann die innere Einheit nicht gelingen. Rechter wie linker Extremismus sind Feinde der Freiheit. Sie gleichermaßen entschieden zu bekämpfen, ist die vornehmste Pflicht aller Demokraten. Auch deshalb darf die Erinnerung an den Eisernen Vorhang und die Verbrechen der menschenverachtenden SED-Diktatur nicht verdrängt werden. Und so bleibt die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte unseres Landes ein Schwerpunkt und eine dauerhafte Aufgabe. Es ist zwar eine differenzierte Forschungs- und Gedenkstättenlandschaft entstanden, in der die unterschiedlichen Aspekte des Herrschaftssystems behandelt werden. Dennoch lernen die Schülerinnen und Schüler in Deutschland zu wenig über die zweite deutsche Diktatur. Ein mangels geschichtlicher Kenntnisse verklärter Blick auf DDR und SED bringt Gefahren mit sich. Zusammen mit dem deutschlandweit begangenen Gedenktag am 17. Juni wäre ein zentrales Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft ein wichtiger Teil einer Erinnerungskultur an die SED-Diktatur.

Für die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands brachte die Wiedervereinigung enorme wirtschaftliche, politische und vor allem persönliche Umbrüche, mussten sie sich doch in kürzester Zeit auf vollkommen neue Verhältnisse einstellen. Dennoch haben sie eine einzigartige Aufbau- und Anpassungsleistung erbracht. Inzwischen ist eine Generation herangewachsen, die weder Mauer noch Stacheldraht kennengelernt hat. Ost und West sind in diesen 25 Jahren soweit zusammengewachsen, dass im Alltag kaum noch Unterschiede zu spüren sind.

Unser Ziel ist und bleibt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Dazu ist ein gesamtdeutscher Ansatz notwendig, der allen Regionen gleichermaßen eine gute Perspektive bietet. Mit einem gesamtdeutschen System der Förderung strukturschwacher Regionen müssen deshalb ab 2019 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Regionen die Chance haben, ihre Entwicklungspotenziale zu nutzen.

Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unseres Landes darf nicht losgelöst von dem Zusammenwachsen Europas in einer Union west-, mittel- und osteuropäischer Staaten betrachtet werden. Deshalb gilt mein besonderer Dank unseren ausländischen Freunden und Partnern, ohne die wir nicht den Geburtstag des wiedervereinigten Deutschlands begehen könnten. Unser Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. Dieses Bekenntnis sollte als Selbstverpflichtung unseres Landes für eine gemeinsame Zukunft mit allen unseren Nachbarn und Partnern in Europa verstanden werden, denn nur gemeinsam können und wollen wir dauerhaft Einigkeit und Recht und Freiheit sichern.